

## 50 Jahre: Rück- und Ausblick

Mit einem Festakt erinnerte man an die konstituierende Sitzung des ersten Rates der deutschen Kulturgemeinschaft (RdK) vor 50 Jahren am 23. Oktober 1973.

Die Jahre vor der Einsetzung des RdK waren von einem tiefen Dissens über die sich anbahnende Autonomie der Deutschsprachigen im zukünftigen Föderalstaat Belgien geprägt. Spätestens als Premier Eyskens am 18. Februar 1970 den einheitlichen belgischen Staat als durch die „Tatsachen überholt“ erklärte und Minister Tindemans am 26. Oktober 1971 die Ostbelgier zu mehr Einigkeit und Selbstbewusstsein aufrief, hätte dies in Ostbelgien wie ein Weckruf wirken müssen.

Es fehlte aber der Wille zur parteiübergreifenden Zusammenarbeit, vielen politischen Verantwortungsträgern, die in landesweite Parteistrukturen verstrickt waren, fehlte der politische Mut und Misstrauen, Vorurteile und Verleumdungen prägten den politischen Diskurs. Ostbelgien war geprägt von einem meinungspolitischen Stellungskrieg. Die breite Bevölkerung blieb ausgesperrt.

Erst mit der Schaffung des RdK wurde ein gemeinsames Forum geschaffen, was zu einer schrittweisen Versachlichung der politischen Debatte führte.

Heute verfügt unsere Gemeinschaft über eine weitreichende Autonomie. Aber die Umwandlung Belgiens von einem Zentralstaat in einen Föderalstaat ist ein noch nicht abgeschlossener dynamischer Prozess. Aus ostbelgischer Sicht sind die Forderungen nach einem gleichberechtigten und gleichwertigen Gliedstaat im belgischen Staatsgefüge, die gesicherte Vertretung im föderalen Parlament und der Respekt der deutschen Sprache in allen Belangen auch weiterhin von zentraler Bedeutung.

Es muss das Bestreben sein, aus unserer Gemeinschaft eine auf echter Subsidiarität aufbauende Modellregion zu formen. In diesem Unterfangen ist die Zusammenarbeit zwischen der Gemeinschaft und den neun Gemeinden von entscheidender Bedeutung.

Autonomie entsteht in der Spannbreite zwischen einem hohen Maß an Eigenverantwortung der gesellschaftlichen Akteure auf der einen Seite und den zu schaffenden bestmöglichen und unterstützenden politischen Rahmenbedingungen auf der anderen Seite.

Zudem muss es gelingen, alle Ostbelgier davon zu überzeugen, dass Selbstbestimmung – dies ist nur ein anderes Wort für Autonomie – kein Selbstläufer ist, sondern das Mitwirken und den Einsatz von vielen Akteuren erfordern.

Dabei müssen alle Register des Dialogs und der Rückkoppelung der politischen Akteure mit der Bevölkerung und den gesellschaftlichen Akteuren gezogen werden. Der institutionalisierte Bürgerdialog ist dabei ein wesentliches Instrument.

Freddy Cremer, ProDG-Fraktion